

Stellungnahme des Eurodistrict SaarMoselle zur Kohäsionspolitik der Europäischen Union und zum Interreg-Programm nach 2027

1. Hintergrund

Mehr als 30 % der europäischen Bevölkerung leben in Grenzregionen. Doch die besondere Situation dieser Lebensräume und die Notwendigkeit, die Daseinsfürsorge dort grenzüberschreitend zu denken und zu garantieren, wird häufig noch nicht richtig anerkannt.

Die Eurodistrikte haben für diese Regionen eine wesentliche Funktion, da sie analysieren, in welchen Punkten sich die Angebote auf beiden Seiten der Grenze ergänzen, und grenzüberschreitende Maßnahmen, Projekte und Instrumente der öffentlichen Politik entwickeln. Dabei stützen sich die Grenzgebiete wie der Eurodistrict SaarMoselle mit seinen gut 600.000 Einwohnerinnen und Einwohnern seit über 15 Jahren auf das Interreg-Programm.

Ziel des Programms Interreg A ist die Förderung der territorialen Integration und der gemeinsamen Innovation. Die Eurodistrikte setzen diese Ziele in für die Bürgerinnen und Bürger sichtbare Maßnahmen um: grenzüberschreitende Krippen, umweltfreundliche Mobilität, grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung oder auch Maßnahmen im Bereich Wirtschaftsentwicklung.

In den letzten Monaten fanden bereits eingehende Beratungen auf europäischer und einzelstaatlicher Ebene über die Entwicklungsperspektiven der Strukturfonds und der Kohäsionspolitik statt, einschließlich der Interreg-Programme. Bislang ist nicht bekannt, wie der künftige mehrjährige Finanzrahmen aussehen soll.

Zahlreiche Institutionen unterstrichen ebenfalls den europäischen Mehrwert dieses Programms und sind besorgt über die politischen Bestrebungen zur Zentralisierung der EU-Kohäsionspolitik:

- Europäischer Ausschuss der Regionen: Die Zukunft der Europäischen territorialen Zusammenarbeit (ETZ) nach 2027 (Januar 2025)
- Europäisches Parlament: The future of EU cohesion: Scenarios and their impacts on regional inequalities (Dezember 2024)
- Transfrontier Euro-Institut Network: Costs of non-Interreg (2024)
- „Mission Opérationnelle Transfrontalière“ (MOT, Paris)
- Begleitausschuss des Programms Interreg Großregion (15. Mai 2025)
- Gemeinsame Stellungnahme des Bundes und der Länder zur Kohäsionspolitik der EU nach 2027: „Aus Sicht von Bund und Ländern sollten die Interreg-Programme daher in ihren bestehenden Ausrichtungen und Programmräumen fortgesetzt werden. Bund und Länder fordern die Europäische Kommission auf, zu prüfen, wie die Interreg-Programme stärker auf die Themen Transformation, Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz fokussiert werden können. Bund und Länder sprechen sich dafür aus, die Förderung der interregionalen Zusammenarbeit im EFRE um Transformation zu erweitern. Dabei sollten Regionen gemeinsam in interregionale Transformationsprojekte investieren und der Austausch zu Best Practices weiter gestärkt werden.“

2. Herausforderungen

Die Perspektive der Verschmelzung der EFRE-Mittel in einem zentralen nationalen Fonds würde dem Geist und der Zweckmäßigkeit des Interreg-Programms komplett zuwiderlaufen und den partnerschaftlichen Ansatz des Programms schwächen.

Außerdem sollten die durch die Einführung der funktionalen Räume erzielten Fortschritte für eine bürgernähere Europäische Union fortgesetzt werden, da sie einen wirksamen Beitrag zur Entwicklung der Grenzregionen leisten. Eine Abkehr von dieser bewährten Vorgehensweise würde im Hinblick auf die europäische Integration ein falsches politisches und gesellschaftliches Signal setzen.

3. Vorschläge

Weit mehr als mit einer Neustrukturierung der EFRE-Mittel würde die Europäische Union damit gewinnen, die bestehende Expertise der Grenzregionen im Interreg-Programm zu nutzen, den Zugang zum Programm zu vereinfachen und seinen grenzüberschreitenden Ansatz einzubehalten.

Der Eurodistrict SaarMoselle:

- fordert die Aufrechterhaltung des besonderen Instruments der europäischen territorialen Zusammenarbeit in der künftigen Programmplanung;
- fordert die Beibehaltung eines Haushaltsvolumens, mit dem die Grenzregionen bedarfsgerecht arbeiten können;
- fordert den Erhalt des Prinzips der funktionalen Räume und einer dezentralen Verwaltung der EFRE-Mittel;
- wird sich an den Eurodistrikt PAMINA wenden zwecks Bündelung unserer Kräfte für den Erhalt des Interreg-Programms, wie es in unseren Regionen besteht.

Diese Stellungnahme wurde am 25.06.2025 von der Versammlung des Eurodistrict SaarMoselle verabschiedet.

Sie wird übermittelt an:

- die ständige Vertretung von Frankreich und Deutschland in Brüssel
- die ständige Vertretung des Saarlandes und der Région Grand Est in Brüssel
- die Abgeordneten des Europäischen Parlaments
- die Europäische Kommission
- den Ausschuss der Regionen
- den Interregionalen Parlamentarierrat
- den Gipfel der Großregion
- das Generalsekretariat für europäische Angelegenheiten, die Minister für europäische Angelegenheiten
- die Mitglieder des Eurodistrict SaarMoselle und des Eurodistrikt PAMINA
- an den Generalkonsul von Saarbrücken
- an Brigitte Klinkert, Vorsitzende des Vorstands der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung - DFPV